



| Kaiserstraße 26-30 | 55116 Mainz

An die
Abgeordneten der Fraktionen SPD, CDU, FDP und
Bündnis 90/Die Grünen im
Landtag Rheinland-Pfalz

Beamtenbesoldung – Anpassung über die prozentuale Erhöhung im Tarifabschluss hinaus erforderlich

5. April 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

nachdem der Landtag beschlossen hat, die Entschädigungen der Abgeordneten bis 2020 erheblich anzuheben, treffen nicht nur bei den Zeitungen des Landes ablehnende Leserbriefe ein, sondern auch unsere Kolleginnen und Kollegen fragen sich, wie eine solche Erhöhung in Zeiten der Schuldenbremse begründbar ist. Auf der anderen Seite werden gleichzeitig Verbesserungen in der Beamtenbesoldung, bei den Erschwerniszulagen, den Vollzugszulagen, der Wechselschichtzulage und so weiter mit der Begründung der Schuldenbremse fortwährend abgelehnt.

Die Zusicherung der Landesregierung, die prozentualen Ergebnisse des Tarifvertrages zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtenschaft zu übertragen, entspricht den Vereinbarungen des Koalitionsvertrages und ist grundsätzlich zu begrüßen.

Es muss jedoch festgestellt werden, dass andere Bundesländer darüber hinaus weitere finanzielle Verbesserungen vornehmen. Bayern zahlt eine Einmalbetrag von 500.-€. Der Presse ist zu entnehmen, dass Finanzminister Söder dies damit begründet, dass es den Beamtinnen und Beamten in Bayern gut gehen soll.

Brandenburg hebt die Beamtenbesoldung deutlich über den Tarifvertrag hinaus an. Neben der Übernahme des Tarifergebnisses wurde eine zusätzliche Erhöhung für die Beamten um zweimal 0,5 Prozent gewährt. **Hintergrund ist, dass Brandenburg im Vergleich zu anderen Bundesländern bei der Besoldung im unteren Viertel liegt.** Für die Pensionäre gilt die Erhöhung wie für die Beamten. Mit der Erhöhung würden auch Urteile zur angemessenen Richterbesoldung und zur Beamtenbesoldung berücksichtigt, hieß es in einer Mitteilung der Landesregierung.

Dietmar Muscheid
Vorsitzender
DGB Rheinland-Pfalz/Saarland

Michael.Christ@dgb.de

Telefon: 06131 2816-17/18

Kaiserstraße 26-30
55116 Mainz

Brandenburgs Finanzminister Görke begründet die Anhebung über den Tarifvertrag hinaus mit der Aussage: Die Besoldungserhöhung sei zwar ein enormer Kraftakt. Er sei aber gerechtfertigt, weil man die Mitarbeiter an der positiven allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung beteiligen wolle. Der Innenminister Schröter führt aus, dass die Erhöhung richtig und notwendig sei, weil eine Abkoppelung der Beamten von der allgemeinen Einkommensentwicklung nicht zugelassen werden darf.

Wie dem Besoldungsreport des DGB zu entnehmen ist, liegt die rheinlandpfälzische Besoldung nicht nur im hinteren Viertel, sondern in vielen Bereichen vor Berlin auf dem vorletzten Platz des Besoldungsrankings.

Die reine Übernahme des Tarifergebnisses wird die Beamtinnen und Beamten in RLP noch weiter abkoppeln, denn in anderen Ländern und beim Bund werden die Prozente von weit aus höheren Besoldungszahlungen aus angehoben.

Weiterhin müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass bis zum heutigen Tage kein Abgeordneter bzw. keine Fraktion auf unseren offenen Brief vom 20. März 2017 im Zusammenhang mit der Diätenerhöhung geantwortet hat.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften im öffentlichen Dienst fordern für die anstehenden Änderungen des Besoldungsgesetzes RLP neben dem prozentualen Anstieg der Besoldung im Sinne des Tarifvertrages eine weitere strukturelle Verbesserung der Besoldungstabelle. Hierzu könnten entweder eine zusätzliche Erhöhung für die Beamten gewährt oder zusätzliche tabellenwirksame Sockelbeträge eingeführt werden. Für die Pensionäre müsste die Erhöhung wie für die Beamten gelten.

Nur so kann schrittweise eine Angleichung an die anderen Länder erfolgen und ein weiteres Absacken verhindert werden.

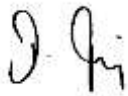
Was in der Begründung für Brandenburg aber auch für die Abgeordneten des rheinlandpfälzischen Landtages zur Besoldungsanhebung und zur Entschädigungsanhebung angeführt wird ,nämlich, dass man im Vergleich zu anderen Bundesländern im unteren Bereich liege und daher die Bezahlungssituation verbessern müsse, muss auch für die Beamtenbesoldung greifen.

Das Einsparvolumen bei den Beamtinnen und Beamten, gemessen an den Tarifabschlüssen seit 2012 bis heute, dürfte jenseits der halben Milliarde Euro liegen.

Damit haben die Beamtinnen und Beamten bereits einen erheblichen Beitrag zur Konsolidierung der Haushalte und zur Einhaltung der Schuldenbremse beigetragen. Unsere Kolleginnen und Kollegen müssen nun auch an der positiven allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung und den steigenden Steuereinnahmen des Landes beteiligt werden.

Auch den Beschäftigten in Rheinland-Pfalz soll es gut gehen, wie Herr Söder dies für Bayern proklamiert hat.

Mit freundlichen Grüßen



Dietmar Muscheid

Vorsitzender DGB




Ernst Scharbach

Landesvorsitzender GdP



Klaus-Peter Hammer

Landesvorsitzender GEW



Thomas Breuer

Regionalleiter IG BAU



Michael Blug

Landesleiter ver.di